

ein Nachbar oder Verwandter sein, in politischen Angelegenheiten aber auch ein populärer Abgeordneter oder Minister. Eine spezielle Variante dieser allgemeinen Vertrauensheuristik stellt auf überindividueller Ebene die Parteienheuristik dar. Sie orientiert das Urteil in politischen Sachfragen an der offiziellen Linie der Partei, an die sich ein Wähler längerfristig gebunden fühlt und entlastet dadurch vom aufwendigen Auffinden und Abwägen aller verfügbaren Informationen zur Sache. Der Clou solcher Meinungsbildungsstrategien besteht nicht nur darin, dass anstelle einer Vielzahl mehr oder weniger komplexer Informationen nur noch ein einfaches «Informationsstückchen» benötigt wird. Der Kernpunkt des Arguments ist vielmehr, dass Bürger, die lediglich über dieses bruchstückhafte Hilfswissen verfügen, die gleichen Entscheidungen treffen können, wie solche, die eine umfassende Basis an Sachwissen generiert haben. Enzyklopädisches Wissen erscheint insoweit bestenfalls als überflüssig, im schlimmeren Fall gar als schädlich (Lupia 1994; Lupia / McCubbins 1998; Popkin 1991; Sniderman u. a. 1991).

Die kommunikationswissenschaftliche Forschung hat gezeigt, dass politische Kampagnen dazu beitragen können, genau dieses Wissen zu vermitteln (Zaller 1992; Bartels 1993; Ansolabehere / Iyengar 1995; Alvarez 1997). Vor diesem Hintergrund gehen wir im Folgenden zunächst der Frage nach, welchen Informationswert die öffentliche Kommunikation im Abstimmungsprozess für die Stimmbürger tatsächlich besitzt.

Den zuvor referierten Überlegungen folgend, operationalisieren wir den relevanten Wissensseffekt dabei in unterschiedlicher Weise: einmal als themenspezifisches Fakten- und Argumentationswissen, und darüber hinaus als nützliches Informationshäppchen, das die Anwendung der Vertrauensheuristik erlaubt. Um das Faktenwissen zu testen, wurden den Befragten in der Abstimmungsumfrage 2003 insgesamt sechs konkrete Verfassungsbestimmungen vorgelesen, verbunden mit der Bitte, sie jeweils einer der beiden zur Abstimmung stehenden Initiativen korrekt zuzuordnen. Dabei wurden bewusst solche Verfassungsartikel gewählt, die eine hohe Medienaufmerksamkeit genossen hatten und zudem in beiden Initiativen deutlich unterschiedlich formuliert waren. Jede richtige Antwort wurde mit eins kodiert, sodass die Summenskala Sachwissen zwischen null und sechs variiert. Im Mittel wurden von allen Befragten 3,801 ( $\pm 0,059$ ) Aussagen richtig zugeordnet. Beide Teilskalen sind hoch positiv korreliert und lassen keinen signifikanten Wissensunterschied bezüglich der konkurrierenden Initiativen erkennen.